

Berz, Theresa et al.

**Article**

## Europa: Klimaneutral bis 2050?

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Berz, Theresa et al. (2021) : Europa: Klimaneutral bis 2050?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 74, Iss. 10, pp. 66-70

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/250826>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Theresa Berz, Klaus Gründler, Anina Harter, Johannes Pfeiffer, Karen Pittel, Niklas Potrafke und Fabian Ruthardt

## Europa: Klimaneutral bis 2050?

### IN KÜRZE

Viele Ökonominnen und Ökonomen sprechen sich für mehr Anstrengungen in der europäischen Klimapolitik aus. Das zeigen die Ergebnisse des 35. Ökonomenpanels von ifo und FAZ (Befragungszeitraum: 26. Juli bis 2. August 2021). Eine Ausweitung des EU-Emissionshandels auf die Sektoren Verkehr und Wärme wird von einer großen Mehrheit ebenso unterstützt wie zusätzliche sektorspezifische Investitionen, insbesondere in Gebäude und Verkehr. Die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung sollten nach Meinung der Mehrheit der Ökonominnen und Ökonomen als Pro-Kopf-Pauschale an die Bürgerinnen und Bürger zurückerstattet werden. Auch der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus der EU-Kommission kann eine relative Mehrheit für sich gewinnen. Skeptischer zeigen sich die Ökonominnen und Ökonomen bei einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung derselben Sektoren auf nationaler und europäischer Ebene, verschärften sektorspezifischen Regulierungen und sektorspezifischen Minderungszielen. Eine grünere Geldpolitik durch die EZB findet kaum Zustimmung.

Das Pariser Klimaabkommen, Fridays for Future und Gerichtsurteile, die striktere und transparentere Klimaziele und Klimapolitik einfordern: Der Klimawandel wird von der internationalen Staatengemeinschaft, der nationalen Politik, gesellschaftlichen Bewegungen und sogar der Rechtsprechung zunehmend deutlich adressiert. Insbesondere der 1,5°C Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) führte zu einer neuen Diskussion um die Geschwindigkeit der Emissionsreduktion und schlussendlich zur Anhebung der europaweiten wie auch der deutschen Klimaziele. Durch die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen will Europa bis 2050 klimaneutral werden, Deutschland schon bis 2045. Aber auch das Minderungsziel der EU für 2030 steigt um 15 Prozentpunkte auf mindestens 55% gegenüber 1990. Nach der Novelle des Klimaschutzgesetzes soll in Deutschland eine Emissionsminderung bis 2030 von mindestens 65% gegenüber 1990 erreicht werden, 10 Prozentpunkte mehr als zuvor. Zusätzlich werden zunächst bis 2030 (und ab 2024 bis 2040) für alle Sektoren bis auf den Energiesektor jährliche, sektorspezifische Minderungsziele festgeschrieben.

In den kommenden Jahren geht es darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, diese ambitionierten Ziele auch zu erreichen. Die EU-Kommission veröffentlichte dazu im Juli 2021 ihren Vorschlag für

ein Maßnahmenpaket, das sogenannte »Fit-for-55«-Paket. Dieses umfasst auf mehreren tausend Seiten eine Vielzahl von Neuerungen oder Anpassungen bestehender Instrumente. Auch für Deutschland wird für die kommende Bundesregierung eine substantielle Reform der bisherigen Maßnahmen notwendig sein, sollen die neuen Klimaziele erreicht werden. Dabei werden auch die neuen Rahmensetzungen auf EU-Ebene zu berücksichtigen sein.

Das 35. Ökonomenpanel von ifo und FAZ beschäftigt sich mit ausgewählten Komponenten des »Fit-for-55«-Pakets, deutschen Klimaschutzmaßnahmen und Vorschlägen für eine grüne Geldpolitik der EZB. Teilgenommen haben 171 Professorinnen und Professoren an deutschen Universitäten.<sup>1</sup>

### VIELE ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN FÜR MEHR ANSTRENGUNGEN IN DER EUROPÄISCHEN KLIMAPOLITIK

Knapp zwei Wochen nach der Veröffentlichung des »Fit for 55« Pakets gaben gut zwei Fünftel der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen im 35. Ökonomenpanel an, dass die EU mehr für den Klimaschutz tun sollte. Mit den aktuellen Maßnahmen sei die Erreichung der selbstgesetzten Reduktionsziele nicht möglich. Eine effektive Klimapolitik sei aber notwendig, da die Kosten eines ungebremsten Klimawandels zu hoch seien. Eine wirksame Klimapolitik sei außerdem nur über eine Stärkung der europäischen Ebene möglich. Ein gutes Viertel der Ökonominnen und Ökonomen dagegen hält die aktuelle Klimapolitik der EU für angemessen. Dabei beziehen sich einige Teilnehmende auf den »Green Deal« der EU. Gleichzeitig führen sie jedoch an, dass gewisse Grenzen der Handlungsfähigkeit durch die institutionelle Rolle der EU zu beachten sind. Ein Fünftel ist der Meinung, dass die aktuelle Klimapolitik der EU bereits zu extensiv ist und weniger für den Klimaschutz getan werden sollte. Als Gründe hierfür werden die fehlende Wirksamkeit der aktuell ergriffenen Maßnahmen, aber auch die Notwendigkeit einer globalen und nicht nur rein europäischen Klimapolitik genannt.

<sup>1</sup> Das 24. Ökonomenpanel von ifo und FAZ befragte bereits im Sommer 2019 Ökonominnen und Ökonomen zu den deutschen Klimazielen, europäischen Klimaschutzmaßnahmen und der Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen (Blum et al. 2019). Die teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen sprachen sich damals mehrheitlich für eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels auch auf Nicht-ETS-Sektoren, vor allem auf Gebäude und auf den Verkehrssektor, aus. Auch die Einführung einer nationalen CO<sub>2</sub>-Steuer für Sektoren außerhalb des EU ETS wurde von den Teilnehmenden befürwortet.

### MEHRHEIT DER ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN FÜR ERWEITERUNG DES EU-EMISSIONSHANDELS AUF DIE SEKTOREN VERKEHR UND WÄRME

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der EU-Kommission, ein zweites Emissionshandelssystem für die Sektoren Verkehr und Wärme einzuführen, sind knapp 70% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen der Meinung, dass diese Sektoren in das bestehende EU-Emissionshandelssystem integriert werden sollten. Dies sei am effizientesten, da durch ein umfassendes und einheitliches Handelssystem Verzerrungen minimiert und kostenoptimale Vermeidungsentscheidungen getroffen werden könnten. Nur 17% sprechen sich für ein Parallelsystem aus, um den Übergang in die Bepreisung zu erleichtern und um mehr Flexibilität im Umgang mit bestehenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Aufnahme der neuen Sektoren zu haben. Gut 5% sind für eine Bepreisung auf nationaler Ebene. Nur 2% der Teilnehmenden sind der Meinung, dass die Emissionen aus Verkehr und Wärme nicht bepreist und gehandelt werden sollten.

### ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN GESPALTEN BEIM THEMA »EFFORT SHARING REGULATION«

Von den teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen sind 41% der Meinung, dass für Emissionen, die bisher nicht vom europäischen Emissionshandelssystem erfasst wurden, nationale Vermeidungsziele im Rahmen der »Effort Sharing Regulation« beibehalten werden sollten. Demgegenüber stehen 45%, die dies für nicht sinnvoll halten. Als Gründe für eine Beibehaltung werden beispielsweise eine Stärkung der nationalen Selbstverpflichtung, Unterschiede in den Vermeidungskosten der verschiedenen Mitgliedstaaten und (verteilungs-)politische Motive genannt. Dagegen führen einige Teilnehmende an, dass nationale Vermeidungsziele die Effizienz eines neuen EU-Emissionshandels untergraben würden. So könne es zu Substitutionen zwischen den Ländern kommen und die Klimapolitik durch die Mehrfachregulierung teurer werden, ohne einen größeren Nutzen zu stiften.

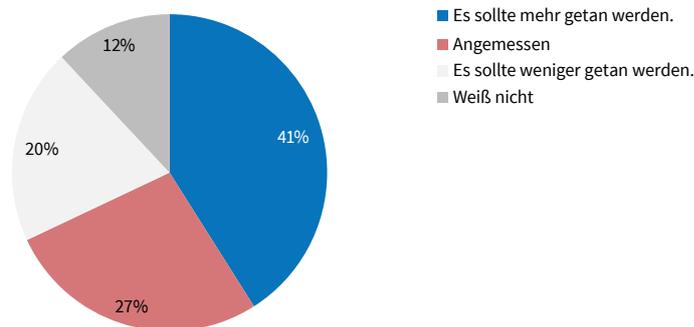
### ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN GEGEN KOMBINATION DER KLIMAPOLITISCHEN INSTRUMENTE BEIM STRASSENVERKEHR

Fast 50% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen sprechen sich dagegen aus, den Straßenverkehr in den EU-Emissionshandel zu integrieren und gleichzeitig die Flottenemissionsstandards zu verschärfen. Sie begründen dies mit negativen Wechselwirkungen zwischen den beiden Maßnahmen. Außerdem sprechen sich einige Ökonominnen und Ökonomen generell gegen Standards für die Flottenemissionen aus. Diese seien nicht zielführend und ineffizient, da sie gegenüber Emissionsreduktionen in anderen Sektoren verzerrend wirken. Rund zwei Fünftel der teil-

Abb. 1

#### EU und Klimawandel

Wie beurteilen Sie die Reaktion der EU auf den Klimawandel?



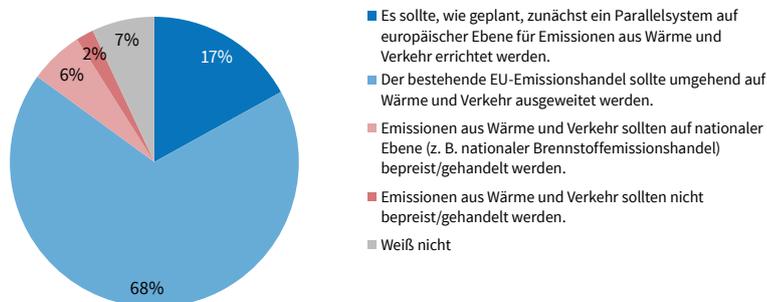
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 2

#### Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr

Welche der folgenden Optionen wäre aus Ihrer Sicht zu bevorzugen, um die Emissionen aus den Sektoren Wärme und Energie einzupreisen?



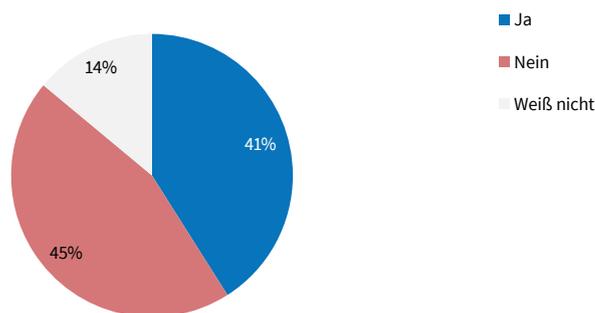
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 3

#### Effort Sharing Regulation

Halten Sie die Beibehaltung von nationalen CO<sub>2</sub>-Vermeidungszielen für Emissionen, die nicht vom ursprünglichen europäischen Emissionshandelssystem erfasst wurden, für sinnvoll?



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

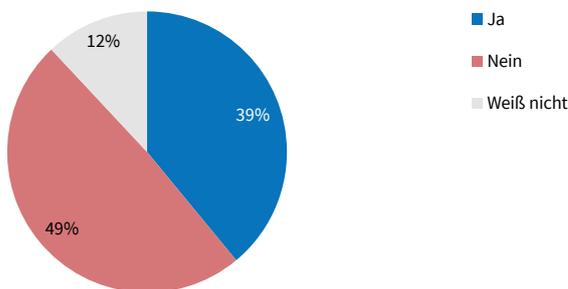
© ifo Institut

nehmenden Ökonominnen und Ökonomen erachten die Kombination aus Emissionshandel und Flottenemissionsstandards beim Straßenverkehr dagegen für sinnvoll: Flottenemissionsstandards würden die Verbindlichkeit zukünftiger klimapolitischer Anforderungen für die Hersteller angesichts heute noch niedriger CO<sub>2</sub>-Preise und deren unsicherer Entwicklung erhöhen. Sie könnten so Innovationsanreize stärken und dazu beitragen, dass Emissionen im Verkehrsbereich schneller reduziert und die erforderlichen Anpassungen im Verkehrsbereich rechtzeitig umgesetzt werden.

Abb. 4

**Straßenverkehr und Flottenemissionsstandards**

Die EU-Kommission plant den Straßenverkehr sowohl in den neuen EU-Emissionshandel zu integrieren als auch die bereits existierenden Flottenemissionsstandards zu verschärfen. Sollte die EU-Kommission diese beiden Instrumente kombinieren?



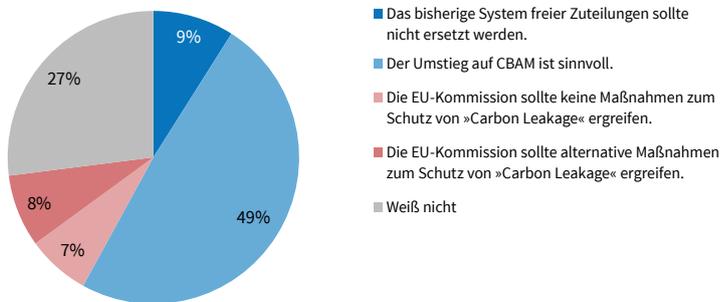
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 5

**CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus**

Wie beurteilen Sie den Einsatz eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus für »Carbon Leakage« gefährdete Sektoren?



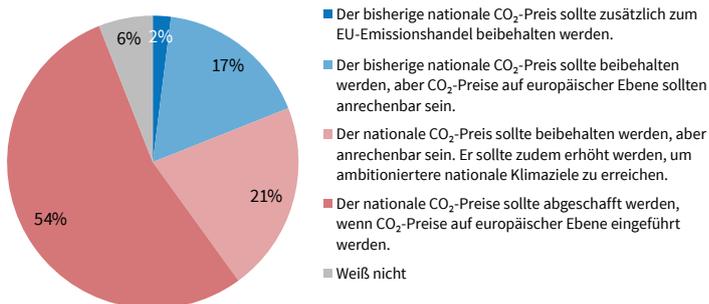
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 6

**Nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Kraft- und Brennstoffen**

Sollte die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Kraft- und Brennstoffen auch bei Einführung eines zweiten Emissionshandelssystems auf EU-Ebene beibehalten werden?



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

**ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN SEHEN CO<sub>2</sub>-GRENZAUSGLEICHSMCHANISMUS DER EU-KOMMISSION KRITISCH, UNTERSTÜTZEN IHN ABER MEHRHEITLICH**

Beinahe die Hälfte der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen spricht sich für einen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus aus, um »Carbon Leakage« zu verhindern. Die Einführung dieses Systems soll die aktuell freie Zuteilung von Zertifikaten an gefährdete Industrien perspektivisch ablösen. Argumente

für den Systemwechsel gehen in zwei Richtungen: Zum einen sprechen sich einige Ökonominnen und Ökonomen gegen das aktuelle System der freien Zuteilung aufgrund von Ineffizienzen aus. Zum andern befürworten viele den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich, da so ein internationales »Level Playing Field« geschaffen werde und die innereuropäische Industrie vor CO<sub>2</sub>-preisbedingten Abwanderungen geschützt werde. Weiterhin geben Befürworterinnen und Befürworter an, dass der Mechanismus Anreize für Länder außerhalb der EU schaffe, selbst klimapolitisch aktiv zu werden. Nur 9% sprechen sich für das System der freien Zuteilung aus, da sie die Wirksamkeit des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs bezweifeln und einen verstärkten Protektionismus befürchten. Ähnlich argumentieren die 7% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen, die sich generell gegen Maßnahmen zum Schutz vor »Carbon Leakage« aussprechen. Alternative Maßnahmen zum Schutz vor »Carbon Leakage« wie etwa eine allgemeine CO<sub>2</sub>-Verbrauchssteuer oder Abkommen auf internationaler Ebene empfehlen 8% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen der EU-Kommission. Auch eine Reihe von Befürwortern eines Grenzausgleichsmechanismus sehen diesen im Falle eines Alleingangs der EU durchaus kritisch. Sie fordern, ihn entweder von vorneherein mit internationalen Partnern, insbesondere den USA und/oder China, zu koordinieren, oder sehen ihn lediglich als Zwischenschritt oder notwendiges Druckmittel in Verhandlungen zu einem internationalen Abkommen bzw. »Klimaclub«.

**ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN MEHRHEITLICH GEGEN EINE CO<sub>2</sub>-BEPREISUNG AUF NATIONALER UND AUF EU-EBENE**

Mehr als die Hälfte der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen ist der Meinung, dass die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Brenn- und Kraftstoffen abgeschafft werden sollte, sobald auf EU-Ebene der Vorschlag eines zweiten Emissionshandels für Emissionen aus der Nutzung von Brenn- und Kraftstoffen aus dem »Fit for 55« Paket umgesetzt wird. Demgegenüber stehen zwei Fünftel der Teilnehmenden, die eine gleichzeitige Bepreisung auf nationaler und auf EU-Ebene befürworten. Innerhalb dieser Gruppe befürworten allerdings nur 5% eine unbedingte Beibehaltung eines Doppelsystems, während 95% fordern, die nationalen CO<sub>2</sub>-Preise auf die europäischen Preise anzurechnen. Rund die Hälfte derer, die eine Anrechenbarkeit fordern, unterstützt zudem eine Erhöhung des aktuellen deutschen CO<sub>2</sub>-Preises, um die ambitionierteren nationalen Reduktionsziele zu erreichen.

**DIE HALFTE DER ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN BEFÜRWORTET DIE EINFÜHRUNG EINER PRO-KOPF-PAUSCHALE**

Bei der Frage, wie die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung verwendet werden sollten, ergibt sich un-

ter den teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen ein gemischtes Bild (Mehrfachnennungen waren möglich). Rund die Hälfte der Teilnehmenden spricht sich dafür aus, die Einnahmen zumindest teilweise über eine Pro-Kopf-Pauschale zurück zu erstatten. Ein gutes Drittel will die EEG-Umlage mit Hilfe der Einnahmen senken oder abschaffen, was den Strompreis verringern würde. Auch die Absenkung oder Abschaffung der Energie- und Stromsteuer würde den Strompreis reduzieren, wird allerdings nur von 23% der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen befürwortet. Die Absenkung nicht-energiebezogener Steuern und Umlagen findet im Vergleich eher wenig Zustimmung: Nur knapp 20% der Teilnehmenden befürwortet es, die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung für diesen Zweck zu verwenden. Ein knappes Drittel schlägt indes vor, Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu verwenden, um klimafreundliche Technologien zu fördern. Gegen Rückerstattungen jeglicher Art sprechen sich 2% der teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen aus. Generell befürworten die Teilnehmenden entweder eine Rückerstattung der Einnahmen als Pro-Kopf-Pauschale und Investitionen in klimafreundliche Technologien oder Senkungen der Steuern und Umlagen.

**DIE HÄLFTE DER ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN LEHNEN DIE VERSCHÄRFUNG SEKTORSPEZIFISCHER REGULIERUNGEN AB**

Die Hälfte der Ökonominen und Ökonomen spricht sich gegen eine Verschärfung sektorspezifischer Regulierungen wie Emissions- oder Energieeffizienzstandards aus, um striktere Klimaziele zu erreichen. Demgegenüber stehen fast 40%, die verschärfte Regulierungen einzelner Sektoren befürworten. Am häufigsten nennen die teilnehmenden Ökonominen und Ökonomen dabei die Landwirtschaft (29%), gefolgt vom Verkehrs- (27%) sowie dem Gebäudesektor (24%). Dahinter liegen die Energiewirtschaft (18%), der Industriesektor (17%) sowie die Abfallwirtschaft (16%). 85% der Ökonominen und Ökonomen befürworten verschärfte Regulierungen einzelner Sektoren, wie beispielsweise bei Gebäuden, Verkehr und Landwirtschaft.

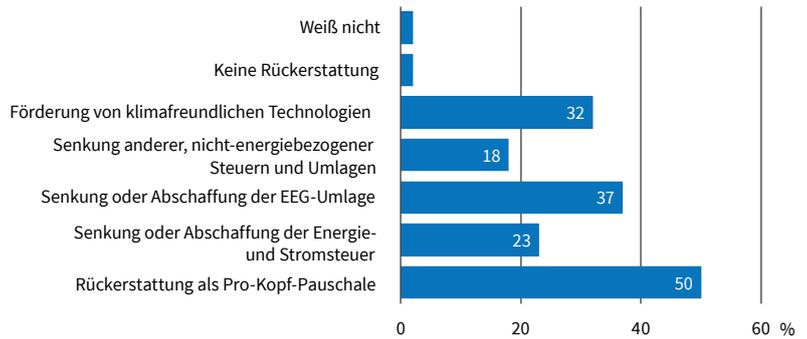
**ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN FÜR ZUSÄTZLICHE SEKTORSPEZIFISCHE INVESTITIONEN**

Im Gegensatz zu einer Verschärfung sektorspezifischer Regulierungen sieht eine Mehrheit der Ökonominen und Ökonomen zusätzliche sektorspezifische Investitionen, beispielsweise in Technologieförderung, positiv. Gut ein Drittel spricht sich indes dagegen aus. Unter den Bereichen, in denen zusätzliche Investitionen gefordert werden, wurden am häufigsten Gebäude (35%) und Verkehr (33%) genannt. Dahinter folgen die Energiewirtschaft (31%), die Industrie (21%) und die Landwirtschaft (20%). Die Abfallwirtschaft (12%)

Abb. 7

**Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung**

Wie sollten Ihrer Meinung nach die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung verwendet werden?



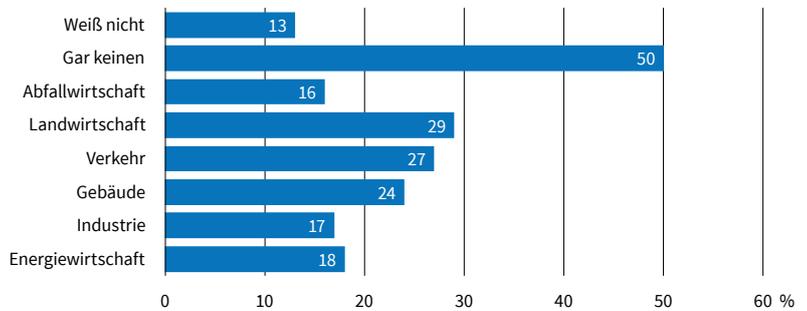
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 8

**Sektorspezifische Regulierungen**

Sollte die Bundesregierung zur Erreichung der höheren Minderungsziele sektorspezifische Regulierungen verschärfen? Falls ja, in welchen Sektoren?



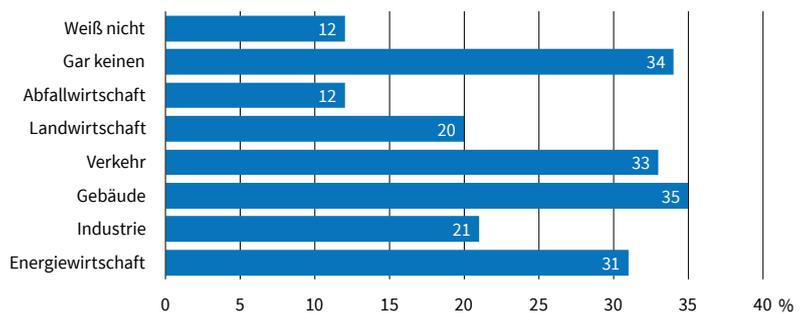
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 9

**Sektorspezifische Investitionen**

Sollte die Bundesregierung zur Erreichung der höheren Minderungsziele zusätzliche sektorspezifische Investitionen tätigen? Falls ja, in welchen Sektoren?



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

bildet das Schlusslicht. Mehrfachnennungen waren auch hier möglich.

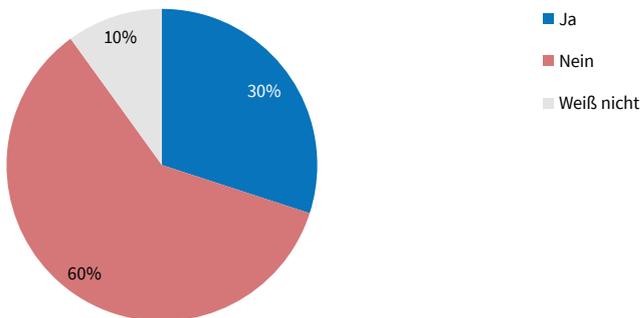
**ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN GEGEN SEKTORSPEZIFISCHE CO<sub>2</sub>-MINDERUNGSZIELE**

Die Bundesregierung hat im Klimaschutzgesetz für jedes Jahr und jeden Sektor genaue CO<sub>2</sub>-Minderungsziele bis 2030 festgelegt. Die für den Zeitraum von

Abb. 10

**Sektorspezifische CO<sub>2</sub>-Minderungsziele**

Sehen Sie die Festlegung jahresgenauer, sektorspezifischer CO<sub>2</sub>-Minderungsziele als sinnvoll an?



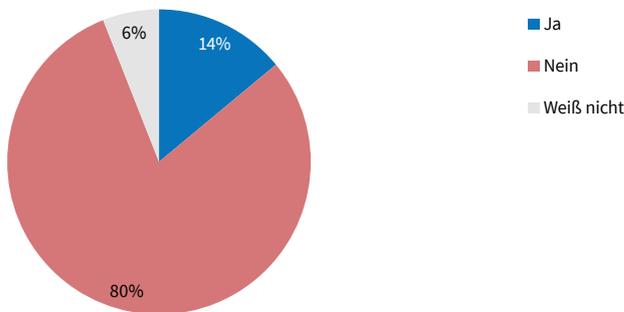
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 11

**EZB und Klimaschutz (1/2)**

Sollte das Mandat der EZB auch das klimapolitische Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, enthalten?



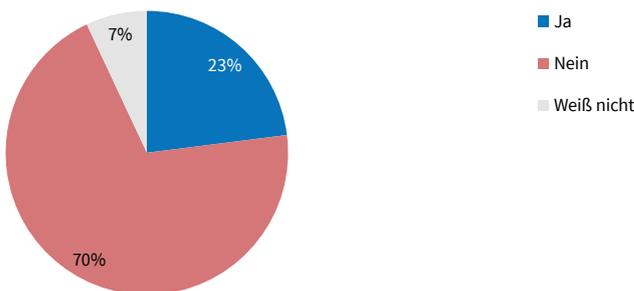
Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

Abb. 12

**EZB und Klimaschutz (2/2)**

Sollte Ihrer Meinung nach die EZB im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) verstärkt Anleihen von emissionsarmen Unternehmen kaufen, um die klimapolitischen Ziele der EU zu unterstützen?



Quelle: Ökonomenpanel Juli 2021.

© ifo Institut

2031 bis 2040 geltenden Einsparungsziele sollen 2024 bekannt gegeben werden. Die Mehrheit der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen (60%) sieht sektorspezifische Minderungsziele kritisch. Diese führten, gerade im Vergleich zu einer sektorübergreifenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung, zu Ineffizienzen und damit höheren Kosten. Es werde eine Scheingenaugigkeit geschaffen, obwohl Einsparpotentiale und Innovationsfortschritt über so lange Zeiträume nicht voraussehbar seien. Der Markt solle entscheiden, wo am meisten CO<sub>2</sub> eingespart werden könne. Zudem sei für das

Klima unerheblich, in welchem Sektor die Emissionen entstünden. Dagegen halten 30% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele für einzelne Sektoren für den richtigen Weg. Für eine stärkere Regulierung spreche, dass so politische Verantwortlichkeit und klare Kriterien für die Überprüfung und Nachsteuerung der Klimaschutzanstrengungen in den verschiedenen Sektoren geschaffen würden. Sektorspezifische Ziele würden zudem unterschiedliche technologische Anforderungen besser berücksichtigen und eine bessere Planung ermöglichen.

**ÖKONOMINNEN UND ÖKONOMEN GEGEN KLIMASCHUTZ-MANDAT FÜR DIE EZB**

Bis 2050 möchte die EU klimaneutral sein. Im Zuge dessen könnte das Mandat der EZB um klimapolitische Ziele erweitert werden. Eine deutliche Mehrheit von 80% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen spricht sich jedoch gegen diesen Vorschlag aus. Die Mehrheit der Ökonominnen und Ökonomen findet, dass sich die EZB lediglich auf die Geldpolitik konzentrieren sollte. Klimaschutz liege außerhalb ihres Mandats und für eine solche Aufgabe gäbe es zudem keine demokratische Legitimierung. Lediglich 14% sind für ein Klimaschutzmandat für die EZB. Die Zeit werde knapp und man müsse jetzt handeln, daher sei fast jede Maßnahme recht, so die Meinung der Befürworter.

**EZB SOLLTE EMISSIONSARME UNTERNEHMEN NICHT BEVORZUGEN**

Die EZB besitzt innerhalb ihres derzeitigen Mandats ein Programm, mit dem Wertpapiere von Unternehmen angekauft werden (CSPP). Insofern könnte die EZB klimapolitisch aktiv werden, indem sie bevorzugt die Anleihen emissionsarmer Unternehmen kauft. Diesen Vorschlag lehnen jedoch 70% der teilnehmenden Ökonominnen und Ökonomen ab. 23% halten dies für eine gute Idee. 7% geben an, sich keine Meinung gebildet zu haben. Das am häufigsten genannte Argument der Unterstützer ist der direkte und erwartbare Zusatzeffekt: Es wird ein Anreiz geschaffen, klimafreundlich zu investieren. Der am häufigsten genannte Grund gegen diesen Vorschlag ist die Neutralität: Die EZB würde dann nicht mehr neutral, sondern politisch agieren.

**LITERATUR**

Blum, J., R. de Britto Schiller, A. Löschel, J. Pfeiffer, K. Pittel, N. Potrafke und A. Schmitt (2019), »Zur Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen – Ergebnisse aus dem Ökonomenpanel«, *ifo Schnelldienst* 72(16), 60–65.